

DFeuG NRW - Friedrichstraße 50 - 42655 Solingen

**Vorsitzender des Innenausschuss
Daniel Sieveke**



Deutsche Feuerwehr-Gewerkschaft
Landesgruppe Nordrhein-Westfalen

Landesgeschäftsstelle
Friedrichstraße 50
42655 Solingen

Tel.: +49(0)212 64 56 48 56
Fax: +49(0)212 64 56 48 57

geschaeftsstelle-nrw@dfaug.de
www.dfaug.de

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME
17/730**

Alle Abg

Solingen, 09. Juli 2018

Gewalt gegen unsere Einsatz- und Rettungskräfte konsequent benennen, systematisch erforschen und selbstbewusst bekämpfen

IA – Drs. 17/2150 Gewaltprävention

Stellungnahme

Einsatzkräfte sind mit verschiedensten Formen von Gefahren konfrontiert, hierzu zählt auch die verbale, nonverbale und körperliche Gewalt. In den letzten 12 Monaten haben über 98% der Einsatzkräfte verbale Gewalt erfahren müssen. Jede Einsatzkraft muss bei jedem Einsatz mit solch einem Übergriff rechnen und trotz des hohen Einsatzaufkommens, gerade im Rettungsdienst, immer einen kühlen Kopf bewahren. Ein besserer Schutz und eine höhere Anerkennung für die Einsatzkräfte, sowie die Aufklärung der Gesellschaft in Bezug auf die Wahl zwischen dem Gang zum Hausarzt und des Notrufes müssen her, um das Potenzial für eine Eskalation bis hin zur Gewalt effektiv zu minimieren.

Ein Notruf wird an einem Sonntagnachmittag abgesetzt, gemeldet wird eine bewusstlose Person hinter einer verschlossenen Wohnungstür in einer gehobenen Wohngegend. Die Feuerwehr kommt mit einem Löschfahrzeug und der Rettungsdienst mit einem Rettungswagen und einem Notarzteinsetzfahrzeug. Das Löschfahrzeug trifft als erstes ein. Besorgte Angehörige empfangen die Einsatzkräfte und weisen diese ein. Knapp eine Minute später ist der Rettungsdienst eingetroffen, kann jedoch nicht zum Patienten vorgehen. Wütend werden die Rettungskräfte beschimpft von einem Nachbarn, welcher mit seinem Auto jetzt nicht mehr ausparken kann und zu spät zu seinem Termin kommt. Diese Person ist so in Rage, dass selbst mit Beschädigung der Einsatzfahrzeuge gedroht wird.



Vor der Wohnung versucht die Feuerwehr die Tür zu öffnen, auf der Straße kann der Rettungsdienst nicht vorrücken und arbeitet deeskalierend, die Situation ist festgefahren. Über Funk kann der Rettungsdienst die Kollegen der Feuerwehr informieren und um Hilfe bitten. Gerade als zwei Feuerwehrmänner aus dem Haus kommen trifft die Polizei ein, welche bei solch einem Notruf parallel mit alarmiert wird. Gemeinsam schaffen die Einsatzkräfte es, dass nach kurzer Zeit die Rettungskräfte vorrücken können. Die Wohnungstür wurde auch schon geöffnet, jedoch mussten die Rettungskräfte nicht tätig werden. Der vermeintliche Patient war nicht bewusstlos, er hat am Vorabend lange gefeiert und nun so tief und fest geschlafen, dass er kein Klingeln, Klopfen oder Anrufe mitbekommen hat. In diesem Einsatz ist gerade für den Patienten alles gut ausgegangen. Jetzt ist der Patient aber nicht am Schlafen, sondern hat einen Herzinfarkt oder einen Schlaganfall wobei es um jede Sekunde geht. Hier wäre im schlimmsten Fall der Patient durch den verzögerten Beginn der Therapie vor Ort verstorben, nur weil jemand ausparken wollte.

Bewusst wurde dieser Einsatz gewählt, da hier viele Faktoren zusammen kommen. Der Wochentag, die Uhrzeit, der Ort, eine unbeteiligte Person, die Gewalt und das Unvorhersehbare. Überall treffen Rettungskräfte auf Gewalt sei es verbale, nonverbale oder körperliche.

In vielen Bereichen der Gesellschaft ist der Respekt für Einsatzkräfte verloren gegangen. Es fängt bei der Anfahrt zur Einsatzstelle an. Rettungsgassen zu bilden ist nicht schwer und doch nicht immer für Einsatzkräfte zu finden. Durch die höheren Strafen hat sich dieser Zustand schon verbessert. Die Gruppe von Personen ist immer noch hoch, welche sich trotz Absperrung einen Weg durch die Einsatzstellen bahnen, wie in etwa auf einem Verkehrsübungsplatz im Slalom um die Verkehrsleitkegel herum und dadurch andere Personen sowie Einsatzkräfte gefährden. Der Nährboden für eine Eskalation ist bereits durch die Absperrung einer Einsatzstelle gesät, sobald jemand keinen Umweg fahren will. Solch eine Situation kommt leider nicht selten vor. Die Wut wegen verlorener Zeit gegen Material zur Absperrung ist der Beginn. Kommt nun eine Einsatzkraft hinzu, hat diese Einsatzkraft es schwer diese Situation durch Deeskalation zu verbessern. Wie bei den Maßnahmen für die Rettungsgassen, muss der Gesetzgeber hier tätig werden, damit der Respekt für die Einsatzkräfte steigt und zurückkehrt.

Man kann nicht hingehen und sagen es sei nur eine spezielle Personengruppe, es ist eher ein Schnitt durch die Gesellschaft. Die Befragung der Ruhr Universität Bochum zeigt, dass die größte Gefahr für



Gewalt von alkoholisierten Personen, Personen mit Migrationshintergrund und Personen unter Drogeneinfluss ausgeht. In vielen Fällen können die Einsatzkräfte aufgrund der stressigen Situation nur subjektiv eine Person beurteilen, sodass der prozentuale Anteil der Tätergruppe mit Migrationshintergrund in Frage gestellt und nach unten korrigiert werden kann. Viele Täter sind in der 3.-4. Generation in der Bundesrepublik Deutschland, sodass hier nach der Definition kein Migrationshintergrund mehr vorliegt. Verbesserung kann durch interkulturelle Kompetenzen erreicht werden, dieses sollte in der Aus- und Fortbildung vertieft werden. Jede Einsatzkraft behandelt jeden Menschen gleich und durch ein besseres Verständnis wird Potenzial für Gewalt minimiert. In fast jeder Dienstschrift erfahren die Kollegen verbale Gewalt, lassen es jedoch einfach abprallen und reagieren nicht darauf. Vier von fünf Fällen werden nicht gemeldet. Diese Resignation der Kollegen gerade in Hinsicht auf das Melden solch eines Übergriffes, kann durch zügige Anklage und harter Verurteilung der Täter, verringert werden. Denn so sehen die Kollegen, dass auch jede noch so kleine Meldung weder eine Bagatelle ist, noch zum Job gehört. Es ist definitiv ein falsches Zeichen, dass in weniger als 9% der Fälle eine Anklage erhoben wurde.

Die Dienststellen sollten verpflichtet werden jeglichen Übergriff konsequent zur Anzeige zu bringen und auch als Dienstunfall zu melden und anzuerkennen, auch die psychischen Verletzungen, wie es in Bremen gehandhabt wird.

Damit die Meldungen eines solchen Übergriffs vereinfacht werden, muss entweder ein eigener Meldebogen entwickelt werden oder dieser schon mit bei der Einsatzdokumentation einfließen. Für die Integration eines Meldebogens in der Einsatzdokumentation spricht, dass die Übergriffe so gesammelt und auch ausgewertet werden können.

In den letzten Jahren ist eine Grundlage geschaffen worden um Einsatzkräften, welche leider Opfer von Gewalt wurden, durch psychosoziale Unterstützung die Verarbeitung eines solchen Übergriffes zu erleichtern. Diese Grundlage von speziell geschulten Einsatzkräften muss weiter zu einem großen Netzwerk ausgebaut werden. Es reicht nicht, dass die Dienststelle eine Liste von Psychologen vorhält. Während der Ausbildung findet diese Schulung seit 2014 statt, da es in der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung verankert ist. Nur was ist mit den Einsatzkräften welche die Ausbildung vor 2014 abgeschlossen haben? Hier können sich die Einsatzkräfte nur durch eine Spezialisierung fortbilden lassen. Dies muss dringend angepasst werden. Ein Angebot für eine Fortbildung oder ein Seminar mit geringer Stundenzahl ist hier angebracht um einen großen Teil der Einsatzkräfte zu schulen. Gerade



im Rettungsdienst, wo die Einsatzkräfte in zweier Teams zusammenarbeiten, können so die ersten Schritte zur Verarbeitung eingeleitet, durch speziell geschulte Einsatzkräfte vertieft und zuletzt, falls erforderlich, durch Psychologen aufgearbeitet werden.

Bei zirka Zweidrittel der Einsatzkräfte wurden in der Ausbildung und den Fortbildungen nicht ausreichend oder sogar keine Gewaltpräventionsmaßnahmen geschult, sodass hier die Einsatzkräfte für künftige Fortbildungen Deeskalationstrainings und auch körperschonende Abwehrtechniken fordern. Die zu geringe Vorbereitung auf Konfliktsituationen erhöht die Unsicherheit. Hier ist der Gesetzgeber gefordert diese Maßnahmen in ausreichendem Umfang in die Ausbildungs- und Prüfungsverordnung aufzunehmen.

Schaut man sich die Zahlen der Befragung der Ruhr Universität Bochum in Bezug auf die Formen der körperlichen Gewalt an, sieht man, dass hier schnell gehandelt werden muss. Die Anwendung von Gewalt durch gefährliche Gegenstände und Waffen liegt bei knapp 20%. Wobei nicht einmal jeder fünfte Übergriff absehbar war. Für solch eine Situation hilft kein Training in Deeskalation oder körperschonende Abwehrtechnik, sondern nur eine Erweiterung der persönlichen Schutzausrüstung für Einsatzkräfte zum Beispiel durch Schutzwesten/-funktionsshirts.

Egal für welche Art der Gewalt, wenn die Einsatzkräfte in Not sind, ist es den Einsatzkräften nicht zuzumuten erst zum Einsatzfahrzeug laufen zu müssen um Hilfe/Unterstützung anfordern zu können. Es muss ihnen möglich sein per Handsprechfunkgerät oder Diensthandy dieses außerhalb des Fahrzeuges zu tun. Hier müssen geeignete Kommunikationswege geschaffen werden, da diese leider nicht überall vorhanden sind.

Eine weitere Möglichkeit Konfliktpotenzial zu minimieren ist die Reduzierung der sogenannten Bagatelleinsätze. Hier ist ein hoher Anstieg in den letzten Jahren zu verzeichnen. Es sind Einsätze, wo zum Beispiel der Patient Kopf- oder Bauchschmerzen seit mehreren Tagen hat oder orthopädische Fälle. Patienten und/oder dessen Angehörige verstehen in solch einem Fall häufig nicht, dass es sich beim Rettungsdienst um eine Notfallrettung handelt. In diesen Fällen wird dann gefordert doch einfach nur eine Spritze zu geben oder Medikamente da zu lassen. Meistens muss in solchen Fällen schon früh durch die Einsatzkräfte deeskalierend gehandelt werden. Bei dieser hohen Belastung der Einsatzkräfte kann es auch zu Fehleinschätzungen kommen.

Zur Lösung solcher Situationen muss die Telefonnummer des ärztlichen Bereitschaftsdienstes 116117





in Kampagnen mehr beworben, die hausärztliche Versorgung verbessert und der Gesellschaft vermitteln werden, wann der Notruf die richtige Wahl ist.

Die Unterstützung und die Sicherheit der Einsatzkräfte müssen weiter steigen. Nicht nur durch Verschärfung der Strafen, sondern auch durch verbesserte persönliche Schutzausrüstung, ein Netzwerk psychosozialer Unterstützung sowie finanziell. Viele Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben sind heutzutage personell unterbesetzt. Ebenfalls kann nicht sein das Einsatzkräfte durch solch einen Übergriff dienstunfähig werden und noch zusätzlich finanzielle, psychische und soziale Nachteile erleiden. Durch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen wird auch eine Nachwuchsgewinnung vereinfacht.

Kampagnen müssen erweitert werden um auch die Gesellschaft zu sensibilisieren den Einsatzkräften mehr Respekt entgegen zu bringen. Es ist nicht der Auftrag der Einsatzkräfte jeden Bürger an Einsatzstellen aufzuklären.

Jede Einsatzkraft hilft jedem hilfesuchenden Bürger, also kann auch jede Einsatzkraft Hilfe vom Gesetzgeber erwarten.

Der Landesvorstand NRW

